

Tabaksteuern rücken in den Fokus

Nach dem klaren Ja zu Tabakwerbeverboten rechnet Gesundheitsminister Alain Berset nicht vor 2023 mit einer Verabschiedung des Gesetzes. Die Initianten fordern indes eine «wirksame Besteuerung» von E-Zigaretten.

Christoph Berner

BERN. Volksinitiativen haben es traditionellerweise schwer an der Urne. Vor allem wenn sie von den bürgerlichen Parteien und Wirtschaftsverbänden geschlossen bekämpft werden. Diese zogen mit einer finanziell überlegenen Kampagne gegen die Volksinitiative «Kinder und Jugendliche ohne Tabakwerbung» in die Schlacht – vergebens.

Am Ende legten 56,6 Prozent der Abstimmenden ein Ja in die Urne. Auch die Hürde des Ständemehrs, vor der sich die Initianten gefürchtet hatten, schaffte das Anliegen mit 15 zustimmenden und nur 8 ablehnenden Ständen problemlos.

«Die Bevölkerung hat zum Ausdruck gebracht, dass sie effektive Werbeverbote im Sinne eines konsequenten Jugendschutzes will», sagte ein sichtlich zufriedener Hans Stöckli, Berner SP-Ständerat und Präsident des Initiativkomitees, gestern in Bern. Auf der Seite der Gegner hingegen sieht man «die Wirtschaftsfreiheit einer ganzen Branche eingeschränkt», da die Initiative auf ein generelles Werbeverbot für legale Konsumgüter abziele, wie der Gewerbeverband in einer Mitteilung schrieb.

Starker Widerstand erwartet

Nach der Annahme der Initiative ist nun zunächst der Bundesrat am Zug. Er muss dem Parlament einen Vorschlag für die Umsetzung auf Gesetzesebene vorlegen. «Wir wollen das so schnell wie möglich angehen», sagte Gesundheitsminister Alain Berset (SP) gestern vor den Bundeshausmedien. Das Volk habe den indirekten Gegenvorschlag des Parlaments, das revidierte Tabakproduktegesetz, als «nicht ausreichend» erachtet, so Berset. Gemäss Initiant Hans Stöckli werden sich die gestrigen Sieger «in den nächsten Tagen» mit Berset und seinem Team treffen, um ihre Vorstellungen von



Nach den Werbeverboten befasst sich die Politik mit Steuern auf E-Zigaretten.

BILD KEY

einer griffigen Umsetzung der Initiative vorzustellen. Das Komitee hat schon vor dem Abstimmungskampf einen entsprechenden konkreten Umsetzungsvorschlag publiziert. Diesen gelte es nun umzusetzen. Er orientiert sich an einer Version des Tabakprodukte-Gesetzes, welche die Gesundheitskommission des Ständerats im Sommer 2019 vorgeschlagen hatte, später aber vom Parlament abgeschwächt wurde.

Stöcklis Parteikollegin, Nationalrätin Barbara Gysi (SG), erwartet von den Ver-

bündeten der Tabaklobby im Parlament «starken Widerstand» gegen eine wortgetreue Umsetzung: «Wir haben im Abstimmungskampf gesehen, wie vehement und mit welcher Finanzkraft die Tabakindustrie gegen Werbebeschränkungen ankämpft».

Auch Philippe Luchsinger, Präsident des Verbands der Haus- und Kinderärzte, rechnet mit Diskussionen: «Die Initiative verlangt, dass Tabakwerbung Kinder und Jugendliche nicht erreichen darf. Die Initiativgegner werden hier si-

cher versuchen, den Auslegungsspielraum zu ihren Gunsten zu nutzen.» Der Gewerbeverband jedenfalls forderte bereits gestern «Augenmass bei der Umsetzung». Wann die Umsetzungsgesetzgebung fertig beraten sein wird, ist noch unklar. Gesundheitsminister Berset rechnet nicht vor 2023 mit einer Verabschiedung.

Schon weiter ist ein anderes Gesetzesprojekt im Tabakbereich. Ende 2021 schickte der Bundesrat einen im Auftrag des Parlaments erarbeiteten Vorschlag zur Besteuerung von elektronischen Zigaretten in die Vernehmlassung. Weil diese im Vergleich weniger gesundheitsschädigend sind, will der Bundesrat deren Füllflüssigkeiten (Liquids) 77 Prozent tiefer besteuern als vergleichbare Mengen normaler Zigaretten.

Noch wollen sich die Vernehmlassungsteilnehmer nicht allzu tief in die Karten blicken lassen. Die Allianz der Wirtschaft für eine massvolle Präventionspolitik (AWMP), der auch die Tabakbranche angehört, lehnt die Ausdehnung der Besteuerung grundsätzlich ab. Sollte sie dennoch kommen, so müsse die Höhe der Steuer nach der Schädlichkeit der Produkte abgestuft werden, sagt AWMP-Geschäftsführer Mikael Huber.

Auch für die Arbeitsgemeinschaft Tabakprävention Schweiz müssen stärker gesundheitsschädliche und süchtigmachende Produkte mit einem steigenden Steuertarif bestraft werden. Gleichzeitig braucht es laut Sprecher Wolfgang Kweitel eine hoch angesetzte Mindest-

Kommentar

Unter dem Einfluss der Pandemie

Auf das gewaltige Ja der Pflegeinitiative vor wenigen Monaten, hat die Schweizer Stimmbewölkerung gestern nochmals deutlich einer gesundheitspolitischen Volksinitiative zugestimmt. Die Schweiz bekommt damit eines der restriktivsten Gesetze für



Andrea Tedeschi

Inlandredaktorin

andrea.tedeschi@shn.ch

den Umgang mit Tabakwerbung. Diese wird künftig an Kiosken, Musikfestivals oder in Zeitungsinseraten untersagt, sofern sie Minderjährige erreichen kann. Dabei ist unstritten, ob radikale Werbeverbote Kinder und Jugendliche tatsächlich vom Rauchen abhalten können. Das Resultat zeigt besonders: Die Stimmbewölkerung gewichtet die Gesundheitsprävention inzwischen höher als das Parlament. Bisher fanden gesundheitspolitische Vorlagen beim Volk kaum Gehör. Ähnliche Volksbegehren wurden seit 1979 verworfen – zuletzt vor zehn Jahren der «Schutz vor Passivrauchen» mit einer Zweidrittelmehrheit.

Offensichtlich hat die Politik die Wirkung ihrer Pandemiebewältigung auf die Gesellschaft unterschätzt. Bundesrat, Parlamentarierinnen und Parlamentarier haben wiederholt gesagt, wie hoch der Schutz der eigenen Gesundheit und besonders der Lunge zu gewichten sei. Gegen diese erhöhte Sensibilisierung der Bevölkerung hatten die Gegner des Tabakwerbeverbots keine Chance – ausser in den Kantonen der Ost- und Zentralschweiz, die den Coronamassnahmen skeptisch gegenüberstehen und das Tabakwerbeverbot gestern ablehnten. Nun folgt die parlamentarische Umsetzung. Zu reden gibt bereits, wie sich das Tabakwerbeverbot digital kontrollieren lässt. Wie restriktiv das Tabakgesetz tatsächlich ausfallen wird, ist abzuwarten.

besteuerung, um Produkte preislich für Jugendliche und heutige Nichtraucher unattraktiv zu machen. Ohne in die Details der E-Zigaretten-Besteuerung zu gehen, sagt SP-Ständerat Hans Stöckli: «Das Volk hat klar zum Ausdruck gebracht, dass die Politik Prävention und Jugendschutz ernst nehmen muss.»



Interviews unter www.shn.ch/click

Reaktionen Zum Tabakwerbeverbot für Kinder und Jugendliche



Matthias Freivogel
Kantonsrat (SP)

«Endlich sind wir bei der Tabakwerbung auf europäischem Level», sagt SP-Kantonsrat Matthias Freivogel. «Das Stimmvolk hat erkannt, dass es strenge Regeln braucht.» Jedoch sei nicht auszuschliessen, dass das Anliegen der Initiative bei der Umsetzung verwässert werde. «Ich gehe wegen der Deutlichkeit des Resultats aber davon aus, dass das Parlament nun weiss, was es zu tun hat.» Er räumt aber ein, dass die Umsetzung des Verbots auf Social Media wohl nicht mit einem Fingerschnippen möglich sei. Freivogel glaubt, dass die Coronapandemie zum Ja beigetragen habe. Schäden durch Rauchen kosten das Gesundheitswesen viel und dieses Stand wegen Corona stark im Fokus.



Hannes Germann
Ständerat (SVP)

«Jetzt müssen wir die Arbeit nochmals machen», sagt der Schaffhauser Ständerat Hannes Germann (SVP) nach dem Ja zur Initiative für ein Tabakwerbeverbot. Das Problem sei gewesen, dass die Stimmberechtigten den indirekten Gegenvorschlag des Parlaments nicht gut genug gekannt hätten. «Nun müssen wir einige kleine Korrekturen vornehmen, denn dass Kinder nicht zu rauchen beginnen, ist unser aller Ziel.» Die Knacknuss werde das Werbeverbot im Internet, sagt der Ständerat. Ob sich ein Verbot im Internet tatsächlich durchsetzen lasse, sei schwierig abzuschätzen. «Das dürfte relativ schwierig kontrollierbar sein», so Germann.

Verbot von Tierversuchen deutlich abgelehnt

Das Stimmvolk hat die Initiative mit fast 80 Prozent bachab geschickt. Für die Mehrheit ist das Anliegen zu radikal.

Reto Wattenhofer, André Bissegger

BERN. Das Verdikt fällt deutlich aus: 79,1 Prozent der Schweizer Stimmbewölkerung lehnt die Initiative «Ja zum Tier- und Menschenversuchsverbot – Ja zu Forschungswegen mit Impulsen für Sicherheit und Fortschritt» ab. Der Mehrheit geht das Anliegen zu weit. Kein einziger Kanton nahm die Initiative an. Lediglich 20,9 Prozent stimmten der Vorlage zu. Die grösste Zustimmung gab es dabei im Kanton Appenzell Auser Rhodes mit 23,7 Prozent.

Die Initiative verlangte ein komplettes Verbot von Tier- und Menschenver-

suchen. Dazu sollen auch Importe und Exporte von Produkten und Medikamenten verboten werden, bei deren Herstellung Tierversuche eingesetzt wurden. Eine Ausnahme gäbe es für bestehende Produkte – sofern für die Herstellung keine Tierversuche durchgeführt werden. Hinter dem Begehren steht eine Gruppe von Einzelpersonen.

Ein Freifahrtsschein für neue Versuche ist das Resultat aber nicht. «Auch in Zukunft sind die Versuche an äusserst strenge Bedingungen geknüpft», sagte Bundesrat Alain Berset vor den Medien. Die Schweizer Regeln gehörten dabei zu den strengsten der Welt. Zudem laufe

die Suche nach Alternativen zu den Versuchen weiter.

Keine Überraschung

Das deutliche Nein an der Urne kommt wenig überraschend. Bereits in den Umfragen hatte das Begehren einen schweren Stand. Schützenhilfe blieb auch von der Politik aus. Keine Partei stellte sich hinter die Initiative. National- und Ständerat waren sich für einmal über alle Fraktionen hinweg einig: Ein komplettes Verbot von Tierversuchen geht zu weit.

Nationalrätin Katja Christ (GLP/BS) sagte in einer ersten Reaktion gegen-

über SRF: «Die Initiative war zu radikal. Ein Ja wäre fatal gewesen.» Ein Verbot hätte nur dazu geführt, dass die Versuche ins Ausland verlagert worden wären. Economiesuisse-Direktorin Monika Rühl sprach von einem «klaren Ja» zu Gunsten eines starken Forschungsstandorts Schweiz. Dies sei wichtig für die gesamte Wirtschaft und Gesellschaft.

Für Michael Hengartner, Präsident ETH-Rat, ist das Resultat ein Bekenntnis zu einem «verantwortungsbewussten Umgang in der Forschung mit Mensch und Tier». Es soll ein Ansporn sein, um in alternative Methoden zu in-

vestieren, damit künftig weniger Versuche notwendig sind.

Auf «Empathie» gehofft

Andreas Graf vom Initiativkomitee betonte, man habe sich für einen konsequenten Tierschutz eingesetzt. «Wir werden die Diskussionen fortsetzen und uns weiter für gute alternative Technologien einsetzen.» Renato Werndli, Co-Präsident des Initiativkomitees, erklärte, man habe vergeblich auf die Empathie der Bevölkerung gehofft. Aber diese habe auf die Wissenschaft gehört, die sagte, dass die Versuche notwendig seien.